

Energiesparen und Wahlkampf

In einem Wahlkampf ist es jeder Partei unbenommen, Programme, mehr oder weniger spektakuläre Massnahmen und Versprechungen möglichst laut an die Wählerschaft zu bringen. Dass dabei offene Türen eingerannt werden, gehört dazu. Dies hat die SP unter anderem mit ihrem Vorstoss zur energetischen Sanierung des Gemeindehauses (Leserbrief vom 25.2.2010) denn auch getan.

Die Erkenntnis, dass im Energiebereich- insbesondere auch bei der Gebäudesanierung- Handlungsbedarf besteht und dass dadurch auch Arbeitsplätze generiert werden ist heute Allgemeingut und nicht nur bei der SP unbestritten. Die Gemeinde Muri hat Anfang Februar nach längerer Vorbereitung durch die Umweltschutzkommission und die Gemeindeverwaltung mit dem Kanton Bern eine Leistungsvereinbarung im Rahmen des Berner Energieabkommens (BEakom) abgeschlossen. Diese Vereinbarung umfasst 23 Massnahmenblätter, darunter auch solche zur energetischen Sanierung kommunaler Gebäude.

Konkret werden zurzeit im Rahmen der Umsetzung dieser Vereinbarung durch die vom Gemeinderat geschaffene Projektgruppe BEakom bereits konkrete Schritte unternommen. Eine externe Firma erhebt in Zusammenarbeit mit der Energiefachstelle der Gemeinde die energetischen Grundlagen der relevanten gemeindeeigenen Liegenschaften. Erst auf Grund dieser Daten kann danach seriös beurteilt werden, bei welchen Gebäuden eine energetische Sanierung am dringlichsten und am energie- und kostenwirksamsten ist. Das Prinzip des haushälterischen Umgangs mit Steuergeldern lässt es geboten erscheinen, Entscheide über die Priorisierung der energetischen Sanierung von Gebäuden auf Grund von sachlichen Abklärungen und nicht auf Wahlkampfangewandten basierend zu treffen.

Beat Schmitter, Muri

Mitglied GGR (FDP) und Projektgruppe BEakom